

# Halle'sches Tageblatt.



Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mart.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Insertionspreis für die viergehaltene Corps-Beile oder deren Raum 15 Wg.

Reclamen vor dem Tagesalender die dreigealtene Corpsseite oder deren Raum 40 Wg.

Ausgabe und Annoncenstellen für Inserate und Abonnements bei Aug. Weis, Leipzigerstr. 8. No. 60, gr. Steinstr. 73. W. Zannenberg, Geisstr. 67.

Nr. 52.

Dienstag, den 3. März 1885.

86. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Der Entwurf des Kammerei-Etats pro 1. April 1885/86 wird, der Bestimmung des § 66 der Städte-Ordnung gemäß, in der Zeit vom

3. bis 10. März d. J.

in unserer Kammerei I zur Einsicht der hiesigen Einwohner ausliegen.

Halle a. S., den 2. März 1885.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Nach § 49 des Gesetzes betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 hat jeder Arbeitgeber die von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen, für welche die Gemeindekrankenversicherung eintritt, oder welche einer Ortskrankenkasse angehören, spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung angemeldet.

Frei von dieser Anmeldung sind unter Andern diejenigen Personen, welche die Mitgliedschaft zu einer eingeschriebenen auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1884 errichteten Hilfskasse nachweisen, eine Befreiung, welche jedoch nur dann stattfinden kann, wenn genannte Klassen dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen, d. h. wenn sie ihren Mitgliedern mindestens dasjenige gewähren, was in der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, nach Maßgabe des § 6 leg. rit. die Gemeindekrankenversicherung gewährt. Mangels freier ärztlicher Behandlung und Arznei wird dem Gesetze durch Gewährung eines Krankengeldes von drei Viertel des ortsüblichen Tageslohns am Tage der Genüge gethan.

Unter diesen Umständen haben eintretenden Falls die Arbeitgeber bezw. die Vorstände der in Frage kommenden Ortskrankenstellen, sowie die Verwaltungsstelle der Gemeindekrankenversicherung eine genaue Prüfung darüber anzustellen:

1. ob die eingeschriebene Hilfskasse wirklich allen Anforderungen des § 75 leg. rit. genügt, d. h. ob das Statut derselben seitens der hierzu kompetenten Behörde mit einem dahin gehenden Vermerk versehen worden ist;
2. ob der Versicherungspflichtige auch wirklich Mitglied der betreffenden Kasse geworden ist, und ob diese Mitgliedschaft zur Zeit noch fortdauert.

Von letzterem kann man sich nur durch Einsicht des auf den Namen der betreffenden Person vom Vorstand der Kasse ausgestellten Nennungsbuches, nach welchem die Mitgliedschaft durch den Nachweis der Zahlung der fortlaufenden Beiträge bis zum Ende immer hervorgehen muß, vergewissern. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß durch einmalige Kenntnisaufnahme vollständige Deckung vor den gesetzlich wegen Unterlassung der nötigen Sorgfalt eintretenden nachtheiligen Folgen erlangt worden wäre, vielmehr muß diese Prüfung besonders mit Rücksicht auf den unter No. 2 hervorgehobenen Punkt zeitweise wiederholt werden, da sonst die Tendenz des Gesetzes, eine geregelte Krankenversicherung der Arbeiter herbeizuführen, leicht illusorisch werden würde.

Zur Erleichterung der anzustellenden Maßnahmen geben wir, ohne jedoch damit andere etwa vorkommende Fälle, zu deren Aufklärung bei obwaltenden Zweifel die erforderlichen Unterlagen zu geben wir gern erbitzt sind, gänzlich auszuscheiden, eine Uebersicht der hieorigen angemeldeten örtlichen Verwaltungsstellen solcher eingeschriebenen Hilfskassen, welche den Anforderungen des § 75 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 entsprechen.

- 1) Die Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Deutschen Zimmerer, eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Hamburg.
- 2) Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands in Hamburg, eingeschriebene Hilfskasse.
- 3) Kranken- und Begräbniskasse des Gewerl-Vereins der deutschen Tischler und verwandten Berufsgenossen in Berlin, eingeschriebene Hilfskasse.
- 4) Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter in Hamburg, eingeschriebene Hilfskasse.
- 5) Kranken- und Begräbniskasse des Gewerlvereins der deutschen Schlosser, Steinbildner, Holzröhren, Maler und beteiligten Berufe in Gera, eingeschriebene Hilfskasse.

- 6) Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Böttcher in Leipzig, eingeschriebene Hilfskasse.
- 7) Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftsweige in Leipzig, eingeschriebene Hilfskasse.
- 8) Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands in Hamburg, eingeschriebene Hilfskasse.
- 9) Kranken- und Begräbniskasse für die Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker in Stuttgart, eingeschriebene Hilfskasse.
- 10) Kranken- und Begräbniskasse des Gewerlvereins der deutschen Maurer und Steinbauer in Berlin, eingeschriebene Hilfskasse.
- 11) Kranken- und Begräbniskasse des Gewerlvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter in Berlin, eingeschriebene Hilfskasse.
- 12) Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands in Hamburg, eingeschriebene Hilfskasse.
- 13) Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maurer, Steinhauer, Gießer und Stukkateure Deutschlands, genannt: „Grundstein zur Einigkeit“ in Altona, eingeschriebene Hilfskasse.
- 14) Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands in Hamburg, eingeschriebene Hilfskasse.
- 15) Kranken-Unterstützungsbund der Schneider in Braunschweig, eingeschriebene Hilfskasse.
- 16) Zentral-Kranken- und Sterbekasse des deutschen Glace-Handbischmachers-Verbandes in Altona, eingeschriebene Hilfskasse.
- 17) Krankenkasse für deutsche Gärtner in Hamburg, eingeschriebene Hilfskasse.
- 18) Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Hotel- und Restaurant-Angestellten Deutschlands in Frankfurt a. M. Halle a. S., den 25. Februar 1885.

Der Magistrat.

### Städtische Kommissionen.

Verhütungskommission.

Sitzung am Dienstag, den 3. März c., Nachmittags 4 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer. Tagesordnung: Stadtgärtnererei — Regulierung der Bucherstraße. — Kapfenplätz.

### Bekanntmachung.

Ogleich die Mauergräfte, der Steinweg, sowie die Taubenstraße schon seit längerer Zeit mit öffentlichen Kanälen versehen sind, haben doch verschiedene Besitzer von Hausgrundstücken in diesen Straßen bisher unterlassen, ihre Grundstücke an den Straßen-Kanal unterirdisch anzuschließen, vielmehr vorgezogen, ihre Abwässer nach wie vor nach dem zwischen den genannten Straßen sich hinziehenden Futhgraben abfließen zu lassen resp. zu leiten.

Da nun die Einziehung des letzteren wegen seiner mangelhaften Beschaffenheit im sanitären Interesse unbedingt geboten ist, werden hiermit auf Grund des § 1 sub II der Polizei-Verordnung vom 14. Juli 1879 und im Einverständnis mit dem Magistrat die Besitzer der sämtlichen an den genannten Straßen belegenen bebauten Grundstücke, welche nach jenem Graben entwässern, aufgefordert, innerhalb einer Frist von 4 Wochen den Antrag auf Ertheilung der Bau-Erlaubnis zur Herstellung der zur Entwässerung ihrer Grundstücke nach den vorhandenen Straßen-Kanälen erforderlichen Anschluß-Kanäle zu stellen.

Gleichzeitig wird hierbei bemerkt, daß nach §§ 2 und 6 der gedachten Verordnung der Antrag auf Kanal-Anschluß nur dann Gültigkeit hat, wenn demselben außer den erforderlichen Zeichnungen der Nachweis beigelegt ist, daß sich die Antragsteller mit dem Magistrat hinsichtlich der Anschlußgebühren geeinigt haben, sowie daß bei Nichterfüllung der vorstehend oder sonst in der Verordnung genannten Verpflichtungen gegen die sämmtlichen Grundstücksbesitzer — abgesehen von der Befristung — im Wege der polizeilichen Exekution vorgegangen werden muß.

Halle a. S., den 27. Februar 1885.

Die Polizei-Verwaltung.

### Eisenbahndirektionsbezirk Magdeburg. Umbau Bahnhofs Halle.

Die Lieferung von 1670 Ibd. m glazierten Thonröhren von 20—60 cm lichtigem Durchmesser zur Entwässerung des Centralgüterbahnhofs Halle a. S. soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Bezügliche Angebote sind mit entsprechender Aufschrift versehen und veriegt bis zum Termine **Donnerstag den 12. März Vormittags 10 Uhr** an den Regierungs-Baumeister Herrn **Werner** hierseht — Empfangsgebäude — einzuliefern. Die Bedingungen können in dem Bureau desselben eingesehen, oder auch gegen Erstattung der Abschreibegeld für von demselben bezogen werden.

Königliche Eisenbahn-Inspektion (Söthen-Leipzig.)

### Bekanntmachung.

In dem Konturverfahren über das Vermögen der Handelsgesellschaft **Bergmann & Schlee** hier ist in der heutigen ersten Gläubigerversammlung an Stelle des bisherigen Verwalters **J. G. Buechel** der Rechtsanwalt **Schütte** hier, als Konturverwalter gewählt. Termin zur Abnahme der von dem bisherigen Verwalter zu legenden Verwaltungs-Rechnung ist auf **den 30. März 1885 Vormittags 10 Uhr** an hiesiger Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 31 anberaumt. Halle a. S., den 27. Februar 1885.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung VII.

### Konturverfahren.

In dem Konturverfahren über das Vermögen des Schuhfabrikanten **Max Meyer** in Firma **G. Meyer** zu Halle a. S. ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters Termin auf **den 28. März 1885, Vormittags 10 Uhr** vor dem königlichen Amtsgerichte hierseht Zimmer Nr. 31 bestimmt. Halle a. S., den 27. Februar 1885.

Müller I. Akmar,

als Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

## Nichtamtlicher Theil.

Halle, den 2. März.

\* Beide Häuser des Landtages hielten am Sonnabend Sitzungen. Das Herrenhaus führte die Beratung des Kommunalsteuer-Notgesetzentwurfs zu Ende und nahm denselben nach der Kommissionsanfrage an. Seitens der Regierung wurde bezüglich ihrer Stellung zu dem Gesetzentwurf keine direkte Erklärung abgegeben, wohl aber erklärte Unterstaatssek. Herrfurth, daß die von der Verrechnungskommission vorgeschlagenen Abänderungen der Regierung event. die Annahme des Entwurfs erleichtern würde. — Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des Kultussetats fort. Beim Kapitel „Elementarunterricht“ beschwerte sich Abg. Pajßen über Verdrängung der dänischen Sprache in Nordholsching. Abg. v. d. Hude und Witten flagen über die Höhe der Schulkosten und übertriebenen Anforderungen an ländliche Schulen und Abg. Windthorst fordert ferner Niederziehung einer Kommission zur Untersuchung der Schulverhältnisse in Westpreußen. Minister v. Gopher wies diese Anfragen entschieden zurück. Die schwierigen Verhältnisse in Westpreußen rührten von dem Dominen einer Bevölkerung russisch-polnischer Abkunft her. Abg. Wehr legte die Nothwendigkeit eines energischen Vorgehens gegen die polnische Propaganda dar. Abg. Weiß bestritt, daß der Staat entschuldigt sei. Der Staat, nicht die Kirche, müsse die Schule regieren. Abg. v. Schorlemer-Mit replicirte, dadurch werde die Schule gerade entschuldigt. Abg. Berger und Engler bestritten eine Erhöhung des Betrags für arme Gemeinden zu Schulunterstützung von 650 000 M. auf 1 Million M. mittelst Nachtrags. Das Kapitel Elementarschulen wurde genehmigt. Auf Antrag des Abg. Wehr wurde beim Kapitel für Kunst und Wissenschaft 10 000 M. für die Verbesserung des Weiterbaues der Marienburg in Westpreußen eingestellt. Auf eine Anregung des Abg. v. Meyer-Krassau wurde erklärt Kultusminister v. Gopher, die Regierung hoffe, daß 1886 die große Jubiläums-Kunstausstellung im Gebäude der ehemaligen Hygiene-Ausstellung abgehalten werden könne. Abg. Dr. Reichenperger-Klein sprach sich entschieden gegen Staatshilfe zu Zwecken der Kunstunterstützung aus. Die Kunst müsse sich aus sich selbst entwickeln. Abg. Dr. Hanel fand es unverfänglich, wie man aus Künstlerkreisen heraus Schutzgelder auf Kunstwerke fordern könne. Das Kapitel wurde angenommen. Weiterberatung des Kultussetats Montag.

\* Der preussische Staatsrath, und zwar das engere, aus den Staatsministern und den Mitgliedern der Hofrathabtheilungen bestehende Plenum ist berufen worden, der Zutritt nicht nahe bevor. Diefem engeren Plenum wird das gesammte, über die Frage der Geschäfts- und Börsensteuer erwachsende gesetzgeberische Material zur Beratung und gutachtlichen Aeußerung beauftragt. Die Beratung der preussischen Regierung für ihre Abstimung im Bundesrathe über die Frage vorgelegt werden.

\* Unter Bezugnahme auf die Mittheilung der Französischen Botschaft, daß die Französische Regierung beschloffen habe, in den Chinesischen Gewässern auch Reis als Kriegskontrebände anzusehen, bringt der Reichsanzeiger eben zur Kenntniß der betheiligten Kreise, daß nach einer ferneren Mittheilung der genannten Botschaft Reis Französischerseits nur in soweit als Kriegskontrebände behandelt werden wird, als es sich um Verschiffungen nach den nördlich von Kanton belegenen Chinesischen Häfen handelt, wovon Reisendungen, die Kanton selbst oder nach den südlich davon belegenen Chinesischen Häfen bestimmt sind, unbedenklich bleiben.

\* Die Nordd. Allg. Ztg. bringt eine Betrachtung über das Stimmenergebniß für die Sozialdemokraten. In Bayern übertreffen die dort abgegebenen 34 899 Stimmen die früheren Ergebnisse beträchtlich, welche sich 1877 auf 27 019, 1878 auf 22 532, 1881 auf 21 760 Stimmen stellten. Die bisher in ultramontanen Händen befindlich gewesenen Wahlkreise München I. und II. ergaben zusammen 9861 Stimmen gegen 4240 in 1877, 5249 in 1878, und 4942 in 1881; dasselbe zeigt sich in dem noch jetzt ultramontanen Kronach, wo 1425 Stimmen gegen 198 in 1878 und 210 in 1881 aufstiegen; in Augsburg traten zum ersten Male gleich 1550 Stimmen auf. Ferner zeigen die Ergebnisse in Ober- und Niederbayern, daß die dort vorherrschende liberale Tendenz Erfolge der inheimischen sozialdemokratischen Agitation nicht verhinderte. — Sachsen hat insgesammt die früher schon erreichte sozialdemokratische Stimmenzahl nicht überschritten; auch in Württemberg hat die Partei den höchsten Stand von 1877 nicht zu erreichen vermocht. In Baden und Hessen sind beträchtliche Zunahmen zu konstatiren, während in Westfalen, Sachsen-Weimar und Oldenburg die frühere Stimmenzahl nicht erreicht worden ist. Das Gesamtresultat der Vergleichenungen ist dahin zu ziehen, daß es zwar trotz des Sozialistengesetzes und unwesentlich begünstigt durch die Konfession der anderen Parteien der Führer der Sozialdemokratie gelungen ist, in Summa die alte Anhängerzahl nochmals zu steigern, daß aber in sehr wenigen Fällen eine Zunahme über den früheren höchsten Stand hinaus, in zwei mehreren dagegen Abnahme gegen denselben konstatirt werden muß, so daß das Gesamtresultat und im Einzelnen nicht eine weitere Ausbreitung, sondern ein Stillstand der Partei ist, und zwar trotz großer Wahlantregungen und Parteivertheilungen, wie sie günstiger für die Sozialdemokratie nicht gedacht werden können.

\* Der Weltpostkongreß in Lissabon hat am 27. Februar die zweite Gesamtsitzung gehalten; in derselben hat Bolivia seinen Beitritt zum Weltpostvertrage erklärt. Es gehören nimmehr sämtliche Staaten Amerikas dem Weltpostverein an. Die Sitzung hat außerdem das wichtige Ergebnis gehabt, daß Spanien, Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Venezuela und Haiti dem Uebereinkommen wegen des Austausches von Paketen sich anschließen werden.

\* Ein der „Germania“ aus Rom zugegangenes Privattelegramm meldet gerichtlich, daß die Verhandlungen Preußens mit dem Vatikan wieder aufgenommen worden seien. Es scheint sich um die Beilegung des Pöfener episcopalföflichen Streites zu handeln, für welche aus dem Schoße der polnischen Aristokratie heraus agitirt wird. Wie der „Kur. Post.“ meldet, hat Fürst Sulkowski, der mit erlichem Rechte im Herrenhause sitzt, in Angelegenheit der Bischofsfrage eine Privataudienz beim Papste gehabt und mit dem Kardinal-Staatssekretär sowie mit dem preussischen Gesandten von Schlayer mehrmals konferirt. Auch Prinz Edmund Radziwill, der bei den Verhandlungen über die Reichsbesetzung eine so besondere Rolle gespielt hat, befindet sich nach derselben Quelle in Rom.

\* Auch im verfloffenen Jahre hat sich der polnische Großgrundbesitz in der Provinz Polen nicht unwesentlich verringert. Es gingen 1884 Hektar aus deutschen in polnische Hände, dagegen 7381 Hektar von Polen an Deutsche über, so daß sich der große Grundbesitz in Polen um 5497 Hektar vermehrte. Seit dem Jahre 1878 sind in Polen ungefähr 200,000 Morgen Landes in den Besitz von Deutschen gekommen, beispielsweise im Jahre 1878 37,756 Morgen, 1880 8897 Morgen, 1881 73,142 Morgen, 1882 22,216 Morgen. Schreitet sonach die Germanisation der großen Güter in Polen rasch vorwärts, so ist andererseits auf das Tiefste zu besorgen, daß Tausende von deutschen Kleinbauern, wie z. B. die in den neun Bamberger Kolonien bei der Provinzialhauptstadt Polen, wie auch die in vielen sogenannten „Dauländereien“, in den letzten Jahrzehnten fast vollständig polonisiert worden sind. Einen allzu großen Einfluß auf die Entwicklung des deutschen Elementes in der Provinz Polen darf man übrigens dem Umwachsen des deutschen Großgrundbesitzes dabeihint nicht zuschreiben. Der deutsche Grundbesitzer ist nur eine einzelne Person, und lediglich um ihn, bez. seine Familie und seine Beamten wächst durch seine Einwanderung die deutsche Bevölkerung der Provinz. Die Arbeiter bleiben meist das, was sie waren: Polen, und wenn der Gutsherr auch einen gewissen Einfluß auf sie hat, so kommt derselbe gegen Denjenigen, welchen die polnische Geistesfreiheit auf sie ausübt, gar nicht in Betracht. Von größerer Bedeutung

wäre die Einwanderung deutscher Gutskäufer nur dann, wenn der deutsche Gutsherr auch deutsche, protestantische Arbeiter nach sich zöge.

\* Wie die „Allgem. Zeitung“ aus München meldet, empfing der König in besonderer Audienz den Prinzen Friedrich von Anhalt, welcher dem Könige im Auftrage des Herzogs von Anhalt die Insignien des Hausordens Albrecht des Bären verabreichte.

\* Der ungarische Ministerpräsident Tisza empfing gestern Sonntag in Pest anlässlich der Feier seiner zehnjährigen Amtsführung eine Monstredeputation der Hauptstadt unter Führung des Oberbürgermeisters, welcher dem Minister bey Dank der Bürgerchaft für die der Hauptstadt gewidmete Fürsorge aussprach. Der Ministerpräsident erwiderte, er sei stolz und glücklich, für die Hauptstadt gewirkt zu haben, lebhafteste Anerkennung aber verdien die Bürgerchaft, durch deren Mitwirkung Pest einen würdigen Platz unter den Hauptstädten Europas einnehme.

\* Die zweite italienische Expedition ist am Freitag in Assab eingetroffen. Wie es heißt, werden die Truppen auf Assab und Beil vertheilt werden. Das Gerücht, daß der Italiener Bombelli auf Befehl des Königs Johann in Massauah gefangen gesetzt worden sei, wird als durchaus unbegründet bezeichnet.

Ein Telegramm der „Agenzia Stefani“ aus Beil vom 25. v. M. sagt: Die Hauptlinge der Eingeborenen erklären dem italienischen Kommissar gegenüber ihre Unterwerfung.

\* Das Brüsseler Journal „Le Nord“ veröffentlicht einen, allem Anschein nach aus beunruhigter Quelle stammenden Artikel, in welchem die verschiedenen Phasen der Verhandlungen zwischen Rußland und England betreffend die Grenzbestimmung in Afghanistan dargelegt werden. Der Artikel schließt mit den Worten, Rußland beabsichtigt die bestehenden Abmachungen bezüglich Afghanistans zu respektiren, jedoch unter der Bedingung, daß auch der andere Theil dieselbe respektiren werde.

\* In der französischen Deputirtenkammer wurde bei der fortgesetzten Beratung der Betriedesölle der Antrag Poytrals, den harten Weisen von Zollzuschlag freizulassen, abgelehnt, ebenso wurde ein Zoll von 2 Frcs. für Roggen abgelehnt. Für Hafer, Roggen und Gerste aus Europa oder direkt importirt wurde ein Zoll von 1 Francs 50 Cent., für Proviensien aus europäischen Entropes wurde ein Zoll von 5 Frcs. 10 Cent. beschloffen.

Der Municipalrath von Paris nahm einen Adelsantrag gegen den Polizeipräsidenten an, weil derselbe sich geweigert hat, eine Interpellation bezüglich der Vorgänge bei der Kundgebung auf dem Duplemeplatz zu beantworten.

Der „Agence Havas“ wird aus Shanghai vom 28. d., 12 Uhr 30 Minuten Mittags gemeldet: Gerichtliche Verlaute in Peking, alle Wärdenträger des Reiches seien aufgefordert worden, ihre Meinung darüber abzugeben, ob es angezeigt ercheine, den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen oder Frieden zu schließen.

Die Gerüchte von einer Agitation im Süden Algiers werden amtlicherseits für unbegründet erklärt, es herrsche dort vollkommene Ruhe und Sicherheit.

\* Die Befürchtung, daß die chinesischen Forderungen zu Schwierigkeiten mit den neutralen Mächten führen könnten, scheint, so schreibt der Pariser Korrespondent der „Köln. Ztg.“, durch die Erklärungen der englischen Regierung im Parlament der Verwirklichung einen guten Schritt näher gerückt. England weigert sich, die Bekanntmachung Courbets, durch welche der Reis als Kriegs-Kontrebände erklärt wird, als zulässig und rechtskräftig anzuerkennen, und stützt sich dabei auf ein Gutachten seiner Kronjuristen. Die Sachlage ist also, daß England, wenn Courbet englische, mit Reis beladene Schiffe wegnehmen und als gute Bribe beanpruchen sollte, gegen die Wegnahme Einspruch erheben und die Wiederansicherung der Schiffe nebst Schadenersatz u. s. w. verlangen wird. Auf der einen Seite scheint die Erklärung von Reis als Kriegs-Kontrebände dem Sprachgebrauch und der allgemeinen Auffassung zu widersprechen, auf der anderen aber kann Frankreich zur Bekräftigung seiner Ansicht anführen, daß alle anderen Mächte sich ohne Murren dem französischen Antrage gefügt haben. Wenn die von Courbet verkindigte Reisblockade seit gelten in Kraft getreten, so kann es sich täglich ereignen, daß ein englisches Reisschiff von den Franzosen gefahret wird, denn die englischen Krieger werden, geführt auf die Erklärung ihrer Regierung, sicher nicht verzeihen, ein „Probeschiff“ auszusenden, um zu sehen, wie die Dinge sich gestalten. Französische Zeitungen rathen ihrer Regierung an, sich um den englischen Einspruch gar nicht zu kümmern und englische Schiffe, die Reis führen, ruhig wegzunehmen.

\* Im englischen Parlament sind die Wärfel befaamtlich gefallen. Das Unterhaus hat das von Northcote beantragte Adelsvotum mit 802 gegen 188 Stimmen abgelehnt, während das Oberhaus den von Lord Salisbury gestellten weisshärteren Antrag mit 189 gegen 68 Stimmen angenommen hat. Das Schwergewicht liegt in der Abstimmung des Unterhauses. Das Oberhaus hat bereits früher gegen die Regierung votirt; die Majorität, welche die Regierung im Unterhause erhielt, ist aber eine verschwindend kleine. Es beträgt 14 Stimmen gegen 49 Stimmen vom 19. Februar vorigen Jahres. In der That hat die englische Regierung wie bereits im Vorjahre, so auch in diesem Jahre eine Niederlage erlitten. Aus der Verhandlung im Oberhause ist für uns namentlich folgende Ansäufung Lord Granvilles von Interesse. Er sagte: Der deutsche Reichszänker Fürst Bismarck sei ein Gegner der egyphtischen Politik Englands. Der Fürst sei einer der größten Männer meines Jahrhunderts, jede Nation wünnche seine Freundschaft und suche

keine Feindschaft zu vermeiden. Trodhem sehe er nicht ein, daß England alle Aktionsfreiheit in kolonialen und auswärtigen Angelegenheiten aufgeben solle. Auch mit der Ansicht der vorigen Regierung bezüglich Egyptens habe Fürst Bismarck nicht übereingestimmt; sein Rath sei gewesen, England solle Egypten nehmen, Beaconsfield habe dies aber abgelehnt.

Am Sonnabend fand eine Sitzung des Kabinettsraths statt, welche von Nachmittags 2 Uhr bis Abends 6 1/2 Uhr dauerte. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ von beunruhigter Mitgetheilung wird, beschloffen die Minister, von ihren Posten nicht zurückzutreten.

Aus Kortz wird gemeldet, daß von der Truppenabtheilung des Generals Bradenburg, welche am 21. v. M. etwa 40 Meilen von Abuhamed eingetroffen war, weitere Nachrichten bis jetzt nicht eingegangen sind. Man erklärt dies aus der Schwierigkeit, Boten zu beschaffen, welche Desephen befördern, indem unter den zwischen Kortz und Abuhamed gehörschten Stämmen durch die von den englischen Truppen vorgenommenen Eigenthumsveränderungen eine sehr feindselige Stimmung entstanden ist.

\* Mehrere spanische Journale berichten, daß sich die Deputirten der Provinzen Granada und Malaga zum Konstituentenparlament erhoben haben, um von ihm zu verlangen, daß den Bevölkerungen, welche durch das Erdbeben gelitten haben, die Steuern zum Theil nachgelassen würden. Der Minister soll geantwortet haben, daß dies unmöglich sei, da sich das Defizit des Budgets auf 60 Millionen beläuge. — König Alfonso hat am 25. Februar, inwieweil die Abgeordneten Alcalaonias die die Deputationen empfangen, welche beauftragt waren, ihm Petitionen gegen den englischen Vertrag zu überreichen. Er ver sprach, sich für das Gedeihen ihrer Industrie zu interessieren und rief zur Wädhigung.

\* Der russischen „Petersburger Zeitung“ zufolge hat der Beschluß des Reichsraths, wonach Ausländern künftig der Erwerb und Betrieb von Goldminen und Goldminen am russischen Territorale des Sikkim Deans nicht mehr gestattet sein soll, die kaiserliche Sanction erhalten.

Der russische Minister des Innern, Graf Tolstoj, begiebt sich Mitte des Monats zur Erholung nach Wladiva in der Krain, wird aber von dort die Oberleitung des Ministeriums beibehalten. In Petersburg wird wahrscheinlich der Abjunkt des Ministers, Durnowo, die Geschäfte des Ministeriums führen.

\* Aus Washington wird von gestern gemeldet, daß der Präsident Arthur den Senat für den 4. d. M. zu einer außerordentlichen Session einberufen hat. Der gezeigte Beschluß des Senats in der Silberfrage bezog sich nicht auf die Frage der Einstellung der Silberprägung allein, sondern auf die Silberfrage überhaupt, man war der Ansicht, daß eine erschöpfende Beratung der Silberfrage in den wenigen Tagen der jetzigen Session nicht mehr ausführbar sei.

## Tages-Chronik.

\* Der Kaiser ließ sich am Sonnabend Vormittag vom Hofmarschall Grafen Verponger und dem Geh. Hofrath Graf von Bötticher halten, empfing hierauf den württembergischen General-Lieutenant von Brandenstein, sowie den Kontre-Admiral Pirner, Oberverft-Direktor in Danzig, und einige andere Offiziere und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Militärkabinet. Nachmittags unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt durch den Thiergarten. Um 5 Uhr fand bei den Majestäten ein Wahl von etwa 36 Bededten statt. — Der Kronprinz nahm Vorträge und mehrere militärische Meldungen entgegen. Um 6 Uhr Nachmittags fand dann bei den kronprinzlichen Herrschaften ein kleineres Wahl statt.

\* Dem Prinzen Albert Viktor von Großbritannien und Irland, Herzog zu Sachsen, ist der Schwarze Adler-Orden verliehen worden.

\* Der kaiserliche Kabinettsordre ist der Commodore Paschen von seiner Stellung als Chef des ostasiatischen Geschwaders entbunden und zum Chef des aus der Kreuzer-Fregatte „Stoich“, der Kreuzer-Korvette „Marie“, dem Kreuzer „Albatros“ und dem Ranonboote „Hyäne“ für die Sildsee zu bildenden Kreuzer-Geschwaders ernannt worden. Kapitän z. See, Schering übernimmt bis auf Weiteres den Befehl über das ostasiatische Geschwader.

\* Der ungarische Deputirte und ehemalige General Garibaldis, Ober, ist in Folge eines Sturzes über das Treppengeländer, welcher eine Gehirnarterienarterie herbeiführte, gestorben. Der Seilezustand Ober's war in letzter Zeit sehr unregelmäßig.

\* Die Straßburger Polizei-Direktion warnt, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, das Publikum vor fremden Werben, die unter den jungen dienstpflichtigen Ehsah-Lothringern Ueberbungen für die englische Armee zu machen suchen.

\* Die Firma Lüderitz soll sich, wie in parlamentarischen Kreisen erzählt wurde, in Schwierigkeiten in Bezug auf die Erhaltung Angra Pequena's befinden. Es gehen dergleichen Gerüchte bereits seit einigen Wochen. Berliner Blätter berichten darüber, die Kosten, welche die Entlastung in Angra Pequena erfordert, übersteigen die Kräfte des Herrn Lüderitz. Derselbe sucht in der einen oder der anderen Form das Kapital für seine Unternehmen zu interessieren. Es ist unter Anderem von der Absicht die Rede, eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der Mineralien in Liberia zu gründen. Der ins Auge gefaßte Betrag wird auf 900 000 Mark angegeben. Nachtheilig für den Fortgang der Lüderitz'schen Unternehmen war auch das Scheitern einer von ihm beabsichtigten Brigg, wobei die Apparate für arteisische Brunnen verloren gingen.



